GEMEINDE OBERSCHÜTZEN

.....
7432 Oberschützen, Hauptplatz 1
Tel. 03353/7524, Fax DW 30
E-Mail: post@oberschuetzen.bgld.gv.at

NIEDERSCHRIFT

aufgenommen am 21. Dezember 2023 bei der in der Gemeinde Oberschützen stattgefundenen

7. Gemeinderatssitzung.

Anwesend waren:

Bürgermeister Hans Unger, Vizebürgermeister Ernst Karner, Christian Krautsack, Wilfried Böhm, Siegfried Jany, Elke Kainz, Christian Zetter, Esmeralda Jandrisits, Ing. Michaela Krutzler, Daniela Pratscher, Mag. Andreas Gross, Dieter Posch, Mario Simon, Manfred Brunner, Ingrid Ulreich, Jürgen Ulreich, Bernhard Hochreiter, Christina Grabner, DI. (FH) Klaus Ulreich, Wolfgang Spitzmüller

Nicht anwesend (entschuldigt):

Edmund Kirnbauer, Mag. Christoph Winkler, Martin Grill, Ing. Klaus Karner, Stefan Wessely, Mag. Ingrid Taucher

Ortsvorsteher:

Schriftführerin:
Monika Schmidt

Tagesordnung:

1. Bericht Rechnungsabschluss Haushaltsjahr 2022
2. Bericht Eröffnungsbilanz 2020
3. Nachtragsvoranschlag für das Haushaltsjahr 2023
4. Gemeindeabgaben für das Haushaltsjahr 2024
5. Voranschlag für das Haushaltsjahr 2024
 - Vergabe Kassenkredit
 - Stellenplan
 - Mittelfristiger Finanzplan
6. Teuerungsausgleich für kleine Einkommen und Familien
7. Teuerungsausgleich für Betriebe, die Lebensmittel produzieren
8. Genehmigung Budget 2024 – Gemeinde Oberschützen KG
9. Genehmigung Kontokorrentkredit € 150.000,-- - Gemeinde Oberschützen KG
10. Darlehensaufnahme Sanierung Kindergarten Oberschützen

11. Baulandmobilisierungsvereinbarung
12. Bausperre HQ30 Oberschützen-Unterschützen
13. Beschluss 4. Änderung ÖEK
14. Masterplan Betriebsansiedelung Wirtschaftsagentur Burgenland
15. Flächenwidmungsplanänderung
16. Entwidmung öffentliches Gut
17. Löschungserklärung Vorkaufsrecht
18. Mietvertrag – Unterschützen 5/5
19. Mietvertrag – Badgasse 3/3
20. Haftungserklärung „Willersdorf-Braunboden“
21. Verordnung „Halten und Parken verboten“ Bahnhofstraße
22. Grundverkehrskommission, Neubestellung
23. Förderungsvertrag Beleuchtungsoptimierung
24. Pachtvertrag Erhöhung Sportvereine
25. Pachtvertrag KG Willersdorf, Grundstück Nr. 2827
26. Kanalaufnahmen – Einsprüche
27. Mieterhöhung Waldverband
28. Annahmeerklärung – Land Burgenland – WVS BA 14
29. Annahmeerklärung – Land Burgenland – ABA BA 106
30. Darlehen Photovoltaikanlagen
31. Verpflichtungserklärung Julia und Philipp Glatz
32. Kindergarten – Öffnungszeiten
33. Beschluss – Vergleich Cafe Pia
34. Petition für Standort Diakonie Oberschützen
35. Personalentscheidungen
36. Allfälliges

Bürgermeister Hans Unger eröffnet die Sitzung, begrüßt die Erschienen und stellt deren ordnungsgemäße Einberufung und Beschlussfähigkeit fest.

Zur Beglaubigung der Niederschrift ersucht er die Gemeinderäte:

Elke Kainz und DI. (FH) Klaus Ulreich

Nach Rückfrage wird das Protokoll der letzten Sitzung einstimmig genehmigt.

Bürgermeister Hans Unger teilt dem Gemeinderat mit, dass er die Tagesordnungspunkte „26. Kanalaufnahmen – Einsprüche“ und „27. Mieterhöhung Waldverband“ von der Tagesordnung nimmt.

Weiters stellt der Bürgermeister den Antrag die Tagesordnungspunkte „26. Finanzierungsbeitrag betreubares Wohnen“ und „27. Schnupperklimaticket“ auf die Tagesordnung zu nehmen.

Der Gemeinderat beschließt auf Antrag des Bürgermeisters einstimmig, den Tagesordnungspunkt „26. Kanalaufnahmen – Einsprüche“ auf die Tagesordnung zu nehmen.

Abschließend beschließt der Gemeinderat auf Antrag des Bürgermeisters einstimmig den Tagesordnungspunkt „27. Schnupperklimaticket“ auf die Tagesordnung zu nehmen.

Zur Tagesordnung:

1. Bericht Rechnungsabschluss Haushaltsjahr 2022

Bürgermeister Hans Unger bringt dem Gemeinderat das Schreiben des Landes Burgenland, in welchem der Rechnungsabschluss für das Haushaltsjahr 2022 genehmigt wird, zur Kenntnis.

2. Bericht Eröffnungsbilanz 2020

Bürgermeister Hans Unger bringt dem Gemeinderat das Schreiben des Landes Burgenland, in welchem die Änderungen der Eröffnungsbilanz 2020 genehmigt wurden, zur Kenntnis.

3. Nachtragsvoranschlag für das Haushaltsjahr 2023

Bürgermeister Hans Unger legt dem Gemeinderat den 1. Nachtragsvoranschlag für das Haushaltsjahr 2023, welcher durch zwei Wochen im Gemeindegemeindeamt zur allgemeinen Einsichtnahme aufgelegt ist, vor. Einwendungen hat es keine gegeben.

Der 1. Nachtragsvoranschlag für das Haushaltsjahr 2023 sieht im

Ergebnishaushalt den Saldo 0 „Nettoergebnis“ von Euro – 1.932.200,-- vor und im

Finanzierungshaushalt den Saldo 5 „Geldfluss aus der voranschlagswirksamen Gebarung“ von Euro -573.900,-- vor.

Nach eingehender Beratung beschließt der Gemeinderat auf Antrag des Bürgermeisters mit 14 Ja-Stimmen und vier Gegenstimmen den 1. Nachtragsvoranschlag für das Haushaltsjahr 2023 wie folgt: Stimmenthaltungen (Ingrid Ulreich, Jürgen Ulreich, Christina Grabner, Klaus Ulreich)

Ergebnishaushalt den Saldo 0 „Nettoergebnis“ von Euro – 1.932.200,-- vor und im

Finanzierungshaushalt den Saldo 5 „Geldfluss aus der voranschlagswirksamen Gebarung“ von Euro -573.900,-- vor.

4. Gemeindeabgaben für das Haushaltsjahr 2024

➤ Friedhofsgebühren

Bürgermeister Hans Unger teilt dem Gemeinderat mit, dass die Verordnung betreffend die Friedhofsgebühren hinsichtlich der Gebühr für die Verlängerung von Urnengräbern geändert werden muss.

Nach eingehender Beratung beschließt der Gemeinderat auf Antrag des Bürgermeisters einstimmig nachstehende
Verordnung

des Gemeinderates der Gemeinde Oberschützen vom 21.12.2023 über die Ausschreibung von Friedhofsgebühren.

Gemäß § 40 Abs. 1 Burgenländisches Leichen- und Bestattungswesengesetz, LGBl. Nr. 16/1970 idgF, im Zusammenhalt mit § 17 Abs. 3 Z 4 Finanzausgleichsgesetz 2017 – FAG 2017, BGBl. Nr. 116/2016 idgF, wird verordnet:

§ 1

Für die Benützung des Gemeindefriedhofes werden folgende Friedhofsgebühren festgelegt:

- Grabstellengebühr
- Grabstellenerneuerungsgebühr
- Beisetzungsgebühr
- Enterdigungsgebühr
- Gebühr für die Benützung der Leichenhalle (Aufbahrungshalle).

§ 2

Für die Verleihung des Benützungsrechtes an einer Grabstelle wird für die Dauer von zehn Jahren eine Grabstellengebühr erhoben. Die Grabstellengebühr beträgt für

Erdgräber für einfachen Belag	80,00 Euro
Erdgräber für mehrfachen Belag	160,00 Euro
gemauerte Grabstellen (Grüfte)	370,00 Euro
Aschengrabstellen - Urnenhain	1.000,00 Euro

§ 3

Für die Erneuerung der Benützungsrechte an Grabstellen für die Dauer von weiteren zehn Jahren beträgt die Gebühr 100 % der im § 2 festgesetzten Gebühren.

Für die Erneuerung der Benützungsrechte an einer Aschengrabstelle (Urnenhain) für die Dauer von weiteren zehn Jahren beträgt die Gebühr € 80,-- pro Urne.

§ 4

Die Höhe der Beisetzungsgebühr (einschließlich der Kosten für das Öffnen und Schließen der Grabstelle sowie die Bereitstellung der Versenkungsvorrichtung für den Sarg) beträgt für d

- Friedhöfe in den Ortsverwaltungsteilen Oberschützen, Unterschützen und Willersdorf

1. bei einer Beisetzung in Erdgräber	Euro 390,--
2. bei einer Beisetzung in Tiefengräber	Euro 480,--
3. bei einer Beisetzung in gemauerten Grabstellen (Grüfte)	Euro 350,--
4. bei einer Beisetzung einer Urne	Euro 120,--
5. bei einer Beisetzung von Kindern unter 10 Jahren	Euro 300,--

In der Zeit von 01.11. bis 31.03. wird ein Winterzuschlag von Euro 60,-- pauschal verrechnet.

Weiters können entsprechend den Gegebenheiten Zuschläge für Stemm-, Pump-, Sonn- und Feiertagsarbeiten in der Höhe von Euro 100,-- verrechnet werden.

- Friedhöfe in den Ortsverwaltungsteilen Aschau und Schmiedrait

1. bei einer Beisetzung in Erdgräber	Euro 400,--
2. bei einer Beisetzung in Tiefengräber	Euro 440,--
3. bei einer Beisetzung in gemauerten Grabstellen (Grüfte)	Euro 330,--
4. bei einer Beisetzung einer Urne	Euro 100,--
5. bei einer Beisetzung von Kindern unter 10 Jahren	Euro 120,--

§ 5

Die Enterdigungsgebühr beträgt Euro 660,--. Die Enterdigungsgebühr ist nur dann zu entrichten, wenn die Enterdigung der Leiche nicht auf Grund einer behördlichen Anordnung erfolgt.

§ 6

1. Für die Benützung der Leichenhallen (Aufbahrungshalle) zur Aufbahrung der Leiche in der Gemeinde Oberschützen werden folgende Gebühren festgesetzt.

Für die Benützung der Leichenhallen in den Ortsverwaltungsteilen Oberschützen und Unterschützen sind pro Tag 100,00 Euro zu entrichten.

Für die Benützung der Leichenhallen in den Ortsverwaltungsteilen Aschau, Schmiedrait und Willersdorf sind pro Tag 50,00 Euro zu entrichten.

Hiebei sind die Tage, die eine Leiche auf Grund behördlicher Anordnung über die übliche Zeit hinaus aufgebahrt bleiben muss, bei der Berechnung der Gebühr außer Betracht zu lassen.

2. Für die Benützung des Obduktionsraumes der Leichenhalle zur Vornahme einer Obduktion ist eine Gebühr in der Höhe der tatsächlich aufgelaufenen Betriebskosten zu entrichten. Keine Gebühren sind zu ent-

richten, wenn es sich um eine behördlich angeordnete Obduktion handelt.

§ 7

1. Die Gebührenschuld entsteht
 - bei der Grabstellen(Erneuerungs-)gebühr mit der Verleihung bzw. mit der Erneuerung des Benützungszusammenhangs,
 - bei der Beisetzungsgebühr mit der erfolgten Erdbestattung der Leiche oder Beisetzung der Urne,
 - bei der Enterdigungsgebühr mit der Vorlage der Bewilligung der Gemeinde zur Enterdigung der Leiche,
 - bei der Gebühr für die Benützung der Leichenhalle mit dem Beginn der Benützung.
2. Die festgesetzten Friedhofsgebühren werden einen Monat nach Zustellung des von der Gemeinde in Bescheidform zu erlassenden Zahlungsauftrages fällig.
3. Zur Entrichtung der Grabstellen-(Erneuerungs-)gebühr ist die Person verpflichtet, deren Ansuchen um Verleihung (Erneuerung) des Benützungszusammenhangs an einer Grabstelle bewilligt wird; zur Entrichtung der übrigen Gebühren ist die Person verpflichtet, der das Benützungszusammenhangsrecht an der Grabstelle, in der die Leiche bestattet oder die Urne beigesetzt wird oder ist, zukommt. Wenn jedoch die Person selbst bestattet wird, dann ist jene Person zur Entrichtung der Gebühren verpflichtet, die nach § 19 Abs. 2 Burgenländisches. Leichen- und Bestattungswesengesetz für die Bestattung Sorge zu tragen hat.

§ 8

1. Bei vorzeitigem Verzicht auf das Recht der Benützung einer Grabstelle (§ 38 Abs. 1 lit. b Burgenländisches Leichen- und Bestattungswesengesetz), oder bei Schließung oder Auflassung eines Friedhofes oder Friedhofsteiles (§ 32 Abs. 4 leg. cit.) findet ein Rückersatz von Friedhofsgebühren nicht statt.
2. In den Fällen des § 37 Burgenländisches. Leichen- und Bestattungswesengesetz ist die Grabstellengebühr bis zum Erlöschen des Benützungszusammenhangs als abgegolten anzusehen.

§ 9

Diese Verordnung tritt mit 08.01.2024 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Verordnung vom 18.12.2020 des Gemeinderates der Gemeinde Oberschützen betreffend die Ausschreibung von Friedhofsgebühren außer Kraft.

➤ **Gebühr für die Benützung der Abfallsammelstelle**
Bürgermeister Hans Unger teilt dem Gemeinderat mit, dass die Verordnung hinsichtlich der Benützung der Abfallsammelstelle bezüglich der Betriebsobjekte geändert werden muss.

Nach kurzer Diskussion beschließt der Gemeinderat auf Antrag des Bürgermeisters mit 16 Ja-Stimmen und zwei Gegenstimmen (Bernhard Hochreiter, Klaus Ulreich) nachstehende

Verordnung

des Gemeinderates der Gemeinde Oberschützen vom 21.12.2023 über die Ausschreibung einer **Gebühr für die Benützung der Abfallsammelstelle**.

Gemäß des § 66 Gesetz vom 29.11.1993 über die Vermeidung, Sammlung, Beförderung und Behandlung von Abfällen - Bgld. Abfallwirtschaftsgesetz 1993, LGBl. Nr. 10/1994 i.d.g.F., im Zusammenhalt mit § 17 Abs. 3 Z 4 Finanzausgleichsgesetz 2017 – FAG 2017 BGBl. I Nr. 116/2016 i.d.g.F., wird verordnet:

§ 1

Für die Benützung der Abfallsammelstelle der Gemeinde Oberschützen wird eine Gebühr erhoben.

§ 2

- (1) Zur Entrichtung der Gebühr für die Benützung der Abfallsammelstelle sind die Eigentümer der im Pflichtbereich gemäß dem Bgld. Abfallwirtschaftsgesetz liegenden Grundstücke verpflichtet.
- (2) Miteigentümer schulden die Gebühr zur ungeteilten Hand. Dies gilt nicht, für Wohnungseigentum. In diesen Fällen kann aber, sofern ein gemeinsamer Verwalter bestellt ist, die Zustellung des Abgabenbescheides an diesen erfolgen.
- (3) Ist die im Pflichtbereich gelegene Grundstück vermietet, verpachtet oder sonst zum Gebrauch überlassen, ist die Gebühr für die Benützung der Abfallsammelstelle dem Inhaber (Mieter, Pächter, Fruchtnießer) vorzuschreiben. Der Eigentümer haftet persönlich für die Abgabenschuld.
- (4) Der Abgabenanspruch entsteht mit Beginn des Monats, in dem erstmalig die Benützung der Abfallsammelstelle möglich ist.

§ 3

- (1) Bemessungsgrundlage ist die Anzahl der Haushalte, die am Stichtag mit der Adresse auf einem im Pflichtbereich gelegenen Grundstück vorhanden sind.
- (2) Stichtag ist der 01.01. des Jahres der Abgabenvorschreibung.

- (3) Zusätzlich wird für Bauschutt ein Betrag von 72,73,- Euro pro m³ sowie für Erde ab 11 m³ ein Betrag von 7,- pro m³ festgesetzt und für den Zutritt zur Deponie außerhalb der Öffnungszeiten, jedoch während der Dienstzeit, ein Betrag von 45,45 Euro pro Tag.

§ 4

- (1) Der Einheitssatz wird mit 35,- Euro pro vorhandenem Haushalt bzw. Betriebsobjekt festgesetzt.
(2) Für **Bauschutt** wird ein Betrag von 72,73 Euro pro m³ und für **Erde** ab 11 m³ ein Betrag von 7,- Euro pro m³ festgesetzt.
(3) Für den Zutritt der Deponie außerhalb der Öffnungszeiten, jedoch während der Dienstzeit, wird ein Betrag von 45,45 Euro festgesetzt.
(4) Die gesetzliche Umsatzsteuer ist gesondert hinzuzurechnen.

§ 5

Die Gebühr für die Benützung der Abfallsammelstelle wird am 15. Feber, 15. Mai, 15. August und 15. November zu je einem Viertel ihres Jahresbetrages fällig.

§ 6

Diese Verordnung tritt mit 08.01.2024 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Verordnung vom 15.09.2023 des Gemeinderates der Gemeinde Oberschützen betreffend die Ausschreibung einer Gebühr für die Benützung der Abfallsammelstelle außer Kraft.

Ing. Michaela Krutzler nimmt an der Sitzung teil.

➤ Wasserbezugsgebühr

Bürgermeister Hans Unger teilt dem Gemeinderat mit, dass die Wasserbezugsgebühr von € 1,82 auf € 2,28 angepasst werden soll.

Auf Antrag des Bürgermeisters beschließt der Gemeinderat mit 14 Ja-Stimmen und fünf Gegenstimmen (Ingrid Ulreich, Jürgen Ulreich, Christina Grabner, Bernhard Hochreiter, Klaus Ulreich) nachstehende

Verordnung

des Gemeinderates der Gemeinde Oberschützen vom 21.12.2023 über die Ausschreibung von **Wasserbezugsgebühren**.

Auf Grund des § 17 Abs. 3 Z 4 des Finanzausgleichsgesetzes 2017 - FAG 2017, BGBl. I Nr. 116/2016 i.d.g.F., wird verordnet:

§ 1

Für den Bezug von Wasser aus der öffentlichen Wasserleitung und die Benützung von Wassermessern im Bereich der Gemeinde Oberschützen werden laufende Gebühren ausgeschrieben.

§ 2

Die Höhe der Wasserbezugsgebühr beträgt pro m³ 2,28 Euro.
Für die Bereitstellung von Wassermessern wird eine Zählergebühr von jährlich

Digital Zähler:	
18,00 Euro	für 2,5 m ³ Zähler
20,00 Euro	für 4 m ³ Zähler
48,00 Euro	für 10 m ³ Zähler

verrechnet.

Die gesetzliche Umsatzsteuer ist jeweils gesondert hinzuzurechnen.

§ 3

Zur Entrichtung dieser Wasserbezugsgebühren sind die Eigentümer jener Baulichkeiten verpflichtet, die an das öffentliche Wasserleitungsnetz angeschlossen sind.

§ 4

Die Gebührenschuld entsteht mit dem Zeitpunkt des Anschlusses an das öffentliche Wasserleitungsnetz.

§ 5

Die Wasserbezugsgebühr wird am 15. Feber, 15. Mai, 15. August und 15. November zu je einem Viertel des Jahresbetrages fällig.

§ 6

Diese Verordnung tritt mit 08.01.2024 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Verordnung vom 16.12.2022 des Gemeinderates der Gemeinde Oberschützen betreffend die Ausschreibung einer Wasserbezugsgebühr außer Kraft.

➤ Kanalbenützungsgebühr

Bürgermeister Hans Unger teilt dem Gemeinderat mit, dass auch die Kanalbenützungsgebühr um 10 % angepasst werden soll.

Nach einer kurzen Diskussion beschließt der Gemeinderat auf Antrag des Bürgermeisters mit 14 Ja-Stimmen und fünf Gegenstimmen (Ingrid Ulreich, Jürgen Ulreich, Christina Grabner, Bernhard Hochreiter, Klaus Ulreich) nachstehende

Verordnung

des Gemeinderates der Gemeinde Oberschützen vom 21.12.2023 über die Ausschreibung einer **Kanalbenützungsgebühr** für die Ortsverwaltungsteile Oberschützen, Unterschützen, Aschau, Willersdorf und Schmiedrait.

Gemäß der §§ 10, 11, 12 und 13 des Kanalabgabegesetzes, LGBl. Nr. 41/1984 i.d.g.F., im Zusammenhalt mit § 17 Abs. 3 Z 4 des Finanzausgleichsgesetzes 2017 - FAG 2017, BGBl. I Nr. 116/2016 i.d.g.F., wird verordnet:

§ 1

Zur Deckung der Betriebs- und Instandhaltungskosten der Kanalisationsanlage und zur teilweisen Deckung der Errichtungskosten werden nach den Bestimmungen des dritten Abschnittes des Kanalabgabegesetzes Kanalbenützungsgebühren erhoben.

§ 2

Die Höhe der jährlichen Kanalbenützungsgebühr wird wie folgt festgesetzt:

- a) **0,49 Euro** pro m² Berechnungsfläche gemäß § 5 Abs. 2 KabG sowie
- b) einer **Grundgebühr** pro Objekt gemäß § 5 Abs. 2 KabG:
 - bis 600 m² 407,-- Euro
 - bis 700 m² 500,-- Euro
 - bis 1.000 m² 594,-- Euro
 - bis 2.400 m² 710,-- Euro
 - bis 3.000 m² 1.057,-- Euro
 - über 3.000 m² 1.430,-- Euro

Die gesetzliche Umsatzsteuer ist gesondert hinzuzurechnen.

§ 3

(1) Zur Entrichtung der Kanalbenützungsgebühr ist der Eigentümer der Anschlussgrundfläche verpflichtet. Miteigentümer schulden die Kanalbenützungsgebühr zur ungeteilten Hand. Dies gilt nicht, wenn die Eigentümer Wohnungseigentümer sind. In diesen Fällen kann aber, sofern ein gemeinsamer Verwalter bestellt ist, die Zustellung des Abgabenbescheides an diesen erfolgen.

(2) Ist die Anschlussgrundfläche vermietet, verpachtet oder sonst zum Gebrauch überlassen, ist die Kanalbenützungsgebühr dem Inhaber (Mieter, Pächter, Fruchtnießer) vorzuschreiben. Der Eigentümer haftet persönlich für die Abgabenschuld.

§ 4

Der Abgabeananspruch entsteht mit Beginn des Monats, in dem erstmalig die Benützung der Kanalisationsanlage möglich ist.

§ 5

Die Kanalbenützungsgebühr wird am 15. Feber, 15. Mai, 15. August und 15. November zu je einem Viertel ihres Jahresbetrages fällig.

§ 6

Diese Verordnung tritt mit 08.01.2024 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Verordnung vom 16.12.2022 des Gemeinderates der Gemeinde Oberschützen betreffend die Ausschreibung einer Kanalbenützungsgebühr außer Kraft.

➤ Nachtragsbeitrag

Bürgermeister Hans Unger teilt dem Gemeinderat mit, dass seit dem 2004 kein Nachtragsbeitrag eingehoben wurde. Es hat jedoch aber sehr wohl Investitionen in die Kanalisation der Gemeinde Oberschützen gegeben, die Zahlungen an den Abwasserverband MIPIZIT haben sich in den letzten acht Jahren verdoppelt und die Zahlungen Abwasserverband Tauchental wurden auch erhöht.

Nach eingehender Beratung beschließt der Gemeinderat auf Antrag des Bürgermeisters mit 14 Ja-Stimmen und fünf Gegenstimmen (Ingrid Ulreich, Jürgen Ulreich, Christina Grabner, Bernhard Hochreiter, Klaus Ulreich) nachstehende

Verordnung

des Gemeinderates der Gemeinde Oberschützen vom 21.12.2023 über die Ausschreibung eines Nachtragsbeitrages für die Ortsteile Oberschützen, Unterschützen, Aschau, Willersdorf und Schmiedrait nach dem Kanalabgabegesetz.

Gemäß der §§ 2.3 und 8 Kanalabgabegesetz, LGBl. Nr. 41/1984 idgF, wird verordnet:

§ 1

Für jene Anschlussgrundflächen bzw. Teile der Anschlussgrundflächen, für die eine rechtskräftige Anschlussverpflichtung oder Anschlussbewilligung vorliegt, wird auf Grund der Erhöhung der Baukosten der Kanalisationsanlage ein Nachtragsbeitrag erhoben.

§ 2

Der bisherige Beitragssatz für den Anschlussbeitrag beträgt € 9,45.
Der nunmehrige Beitragssatz für den Anschlussbeitrag beträgt € 11,45.
Der Beitragssatz für den Nachtragsbeitrag beträgt somit € 2,00 pro m² Berechnungsfläche gemäß § 5 Abs. 2 KAbG und ist der Bemessung des Nachtragsbeitrages zugrunde zu legen.

Das Beitragsausmaß ergibt sich aus dem mit der Berechnungsfläche vervielfachten Beitragssatz für den Nachtragsbeitrag.
Die gesetzliche Umsatzsteuer ist gesondert hinzuzurechnen.

Der vorläufige Nachtragsbeitrag wird in der Höhe des tatsächlich geleisteten Betrages auf den Nachtragsbeitrag angerechnet.

§ 3

Der Abgabeananspruch entsteht mit Rechtskraft der Erhöhung des Beitragsatzes.

§ 4

Die Abgaben werden mit Ablauf eines Monats nach Bekanntgabe des Abgabenbescheides fällig.

§ 5

Diese Verordnung tritt mit 08.01.2024 in Kraft.

Gleichzeitig tritt die Verordnung des Gemeinderates der Gemeinde Oberschützen vom 20.12.2004 betreffend die Ausschreibung eines Nachtragsbeitrages nach dem Kanalabgabegesetz außer Kraft.

Wolfgang Spitzmüller nimmt an der Sitzung teil.

5. Voranschlag für das Haushaltsjahr 2024➤ **Voranschlag für das Haushaltsjahr 2024**

Bürgermeister Hans Unger legt dem Gemeinderat den Voranschlagsentwurf für das Haushaltsjahr 2024, welcher durch zwei Wochen im Gemeindeamt zur allgemeinen öffentlichen Einsichtnahme aufgelegt ist und zu dem keine Einwendungen eingebracht wurden, vor.

Der Voranschlag für das Haushaltsjahr 2024 sieht im

Ergebnishaushalt den Saldo 0 „Nettoergebnis“ von € – 2.203.900,-- vor und im **Finanzierungshaushalt** den Saldo 5 „Geldfluss aus der voranschlagswirksamen Gebarung“ von € -1.024.000,-- vor.

Der Bürgermeister teilt mit, dass sich in der Auflagefrist amtlichen Einwendungen ergeben haben, wie folgt:

	Änderung	VA-Betrag
1/000-7213	-12.300,--	0,--
1/816-619	-5.000,--	7.600,--
1/029-614	-10.900,--	9.400,--
1/031-728	-5.000,--	5.000,--
1/273-754	0,--	6.000,--
2/240-829	0,--	65.000,--
1/269-757	-1.500,--	1.500,--
1/322-757	-1.000,--	1.000,--
1/369-757	-1.300,--	1.300,--
1/380-757	-2.200,--	10.300,--
1/360-757	-4.300,--	4.300,--
1/212-75702	-1.800,--	1.700,--
1/363-757	-1.200,--	5.300,--

1/742-768	-5.200,--	5.200,--
1/269-75701	-7.500,--	7.500,--
1/469-768	-17.500,--	17.500,--
1/36301-728	-9.300,--	9.700,--
1/36302-728	-6.300,--	6.500,--
1/36303-728	-4.500,--	4.500,--
1/36304-728	-3.400,--	3.500,--
1/36+305-728	-1.500,--	1.700,--
2/941-860	90.000,--	188.000,--
1/019-723	-2.500,--	2.500,--
1/094-723	-2.500,--	2.500,--
1/015-457	-4.400,--	13.000,--
1/010-511	-10.200,--	0,--
1/010-580	-2.300,--	5.100,--
1/010-582	-5.200,--	32.900,--
1/010-510	7.500,--	165.500,--
1/211012-510	-56.200,--	70.800,--
1/211012-580	-3.900,--	4.800,--
1/211012-582	-9.300,--	13.100,--
1/612-61101	-14.400,--	49.600,--
1/612-61102	-9.200,--	58.900,--
1/612-61103	-6.000,--	28.300,--
1/612-61104	-6.800,--	14.600,--
1/612-61105	-3.600,--	15.600,--
1/212-728	-3.500,--	4.000,--
1/211012-400	-3.000,--	2.000,--
1/21102-592	-300,--	0,--
1/240-72802	-500,--	0,--
2/285-852	86.400,--	392.400,--
2/853014-81101	2.000,--	5.600,--
2/851-852	108.000,--	562.500,--
2/211012-861	-10.000,--	10.000,--
2/211022-861	-5.400,--	5.400,--
1/530-757	27.500,--	70.400,--
1/819-006	-20.300,--	0,--
1/851,004	-85.000,--	0,--
1/840-001	10.000,--	20.000,--
1/362-002	-40.000,--	40.000,--
1/362-346	-40.000,--	40.000,--
1/61201-002	-89.300,--	0,--
2/840-801	0,--	140.000,--
2/851-307	0,--	357.000,--
1/390-775	22.100,--	23.000,--
1/320-042	-1.000,--	1.000,--
1/211012-042	-1.000,--	1.000,--
1/21102-042	-1.000,--	1.000,--
1/21103-042	-1.800,--	1.700,--
2/362-305	0,--	72.800,--

Somit ergibt sich im Ergebnishaushalt der Saldo 0 „Nettoergebnis“ von € - 1.353.500,-- und im Finanzierungshaushalt der Saldo 5 „Geldfluss aus der voranschlagsunwirksamen Gebarung“ von € 424.100,--.

Klaus Ulreich möchte nachstehende Mitteilung im Protokoll festgehalten haben:

„Ich sehe keine nachhaltigen Einsparungen in diesem Budget. Dieses Budget kann nur durch „einmalige Gebührenanpassungen“ erzielt werden. Allein der Nachtragsbeitrag nach Kanalabgabengesetzes belastet einen „durchschnittlichen Haushalt“ der Gemeinde mit € 800,--. Zusätzlich kommt es zu Erhöhung der Kanalbenutzungsgebühr und auch der Wassergebühren. In den nächsten Jahren werden aufgrund der fehlenden Einsparungen große Probleme auf uns zukommen!“

Zur Wortmeldung von Klaus Ulreich erklärt der Bürgermeister folgendes:

„Die finanzielle Situation ist durch die Teuerung sehr angespannt. Die größten Faktoren im Budget sind bei den Ausgaben die Zinsen, Energie- und Personalkosten.

Bei den Haupteinnahmen, den Ertragsanteilen, der Gemeinde behält sich das Land Burgenland vorab immer mehr ein, was zur Auswirkung hat, dass der Gemeinde weniger Geld zur Verfügung steht.

Mit dieser Erkenntnis wurden bei der Budgeterstellung alle Fraktionen eingebunden. Dabei erging der Auftrag von Bürgermeister Unger an alle Fraktionen, Vorschläge für Einsparungen zu bringen, sich aber auch die Einnahmen der Gemeinde anzusehen und dazu auch Vorschläge einzubringen.

Dabei hat die SPÖ LU ein Positionspapier mit Einsparungen bei den Ausgaben sowie Einnahmen für die Gemeinde übermittelt.

Bei der Erstellung des Budgets wurden sehr viele Vorschläge zum Thema Einsparungen von der SPÖ LU übernommen. Das von der SPÖ LU übermittelte Positionspapier beinhaltet konkret einnahmenseitig im Punkt 2. „Offene nicht eingebrachte Forderungen (Kanalgesetz z.B. Erschließungsbeiträge, Überprüfung der Anschlussgrundfläche)“.

Somit kam die Forderung, das Kanalgesetz zu überprüfen, um etwaige Mehreinnahmen für die Gemeinde zu lukrieren, eindeutig von der SPÖ LU.

Bürgermeister Unger erklärt weiter, dass alle Fraktionen so intensiv wie noch nie in eine Budgetplanung einbezogen wurden. Es ist aber sehr zu bedauern, dass trotz Einbindung aller Fraktionen und Umsetzung vieler Forderungen der SPÖ LU hier solche Aussagen getroffen wurden und dem Budget nicht zugestimmt wird.“

Nach eingehender Beratung beschließt der Gemeinderat auf Antrag des Bürgermeisters mit 14 Ja-Stimmen und sechs Gegenstimmen (Ingrid Ulreich, Jürgen Ulreich, Christina Grabner, Bernhard Hochreiter, Klaus Ulreich, Wolfgang Spitzmüller) den Voranschlag für das Haushaltsjahr 2024 gemäß der Beilage.

Dieser Beschluss umfasst gleichzeitig die darin enthaltenen Abgaben und Entgelte, die Höhe des Kassenkredites, den Gesamtbetrag der aufzunehmenden Darlehen, den Stellenplan und den mittelfristigen Finanzplan. Die Höhe des **Saldos 0** „Nettoergebnis“ des **Ergebnishaushaltes** beträgt € - 1.353.500,-- die Höhe des **Saldos 5** „Geldfluss aus der voranschlagswirksamen Gebarung“ des **Finanzierungshaushaltes** beträgt € 424.100,--.

Der Voranschlag für das Haushaltsjahr 2024 ist Bestandteil dieses Beschlusses.

Weiters beschließt der Gemeinderat gemäß § 20 Abs. 4 GHO 2019 - Entwurf auf Antrag des Bürgermeisters einstimmig, dass bei Ansätzen innerhalb einer Gruppe zur besseren wirtschaftlichen Verwendung der Mittel Ersparungen bei einem Ansatz zum Ausgleich des Mehrerfordernisses bei einem anderen Ansatz herangezogen werden dürfen.

➤ **Vergabe Kassakredit**

Bürgermeister Hans Unger teilt dem Gemeinderat mit, dass für den Kassakredit in der Höhe von € 816.000,-- eine Ausschreibung gemacht wurde. Von der Raiffeisenbezirksbank Oberwart eGen und der Erste Bank der österreichischen Sparkassen AG wurden Angebote abgegeben. Die UniCredit Bank Austria hat kein Angebot abgegeben.

Der Gemeinderat beschließt auf Antrag des Bürgermeisters mit 17 Ja-Stimmen, einer Gegenstimme (Klaus Ulreich) und zwei Stimmenthaltung (Christina Grabner, Bernhard Hochreiter) einen Kassakredit zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben des ordentlichen Haushaltes von der Raiffeisenbezirksbank Oberwart eGen aufzunehmen. Die Höhe des Kassakredites wird mit € 816.000,-- festgesetzt und ist spätestens am Ende des Finanzjahres 2024 zurückzubezahlen.

➤ **Stellenplan**

Der Gemeinderat beschließt auf Antrag des Bürgermeisters mit 19 Ja-Stimmen und einer Stimmenthaltung (Klaus Ulreich) den Stellenplan laut Voranschlag für das Haushaltsjahr 2024.

➤ **Mittelfristiger Finanzplan**

Bürgermeister Hans Unger bringt dem Gemeinderat den Mittelfristigen Finanzplan 2024 bis 2028 zur Kenntnis.

Weiters teilt der Bürgermeister mit, dass der Mittelfristige Finanzplan eine laufende Fortschreibung der Einnahmen und Ausgaben ist und keine großartigen Projekte in den nächsten Jahren vorgesehen sind, wobei das Jahr 2024 ident mit dem Voranschlag 2024 ist.

Nach eingehender Beratung beschließt der Gemeinderat auf Antrag des Bürgermeisters mit 17 Ja-Stimmen, zwei Stimmenthaltungen (Christina Grabner, Jürgen Ulreich) und einer Gegenstimme (Klaus Ulreich) den Mittelfristigen Finanzplan 2024 bis 2028.

6. Teuerungsausgleich für kleine Einkommen und Familien

Bürgermeister Hans Unger macht dem Gemeinderat den Vorschlag für das Jahr 2024 einen Teuerungsausgleich für kleine Einkommen, Familien und Alleinerzieher/innen mit Hauptwohnsitz sowie Bürger/innen mit einer Rezeptge-

bührenbefreiung in der Großgemeinde Oberschützen wie folgt zu beschließen:

- a) Für **kleine Einkommen** ist eine GIS-Befreiung, wobei die GIS-Befreiung auf den Eigentümer des Hauses lauten muss, Voraussetzung. Bei Wohnungsmietern ist die auf den Wohnungsmieter lautende GIS-Befreiung Ausschlag gebend.

Bei missbräuchlichen GIS-Befreiungen behält sich die Gemeinde die Nichtauszahlung der Förderung vor.

- b) Für **Familien** ist der gleichzeitige Bezug von Familienbeihilfe für mindestens 3 Kinder sowie die Hauptwohnsitzmeldung der betroffenen Kinder im gemeinsamen Haushalt Voraussetzung.
- c) Für **Alleinerzieher/Innen** sind die Hauptwohnsitzmeldung des/der Alleinerziehers/In sowie mindestens eines Kindes im gemeinsamen Haushalt Voraussetzung.
- d) Für **Bürger/innen**, die eine **Rezeptgebührenbefreiung** auf Antrag haben.
- e) Für **Ausgleichszulagenempfänger** bis Mindestpension.

Bei missbräuchlichen Hauptwohnsitzmeldungen behält sich die Gemeinde die Nichtauszahlung der Förderung vor.

Die Höhe des Förderbetrages beläuft sich auf € 250,-- pro Jahr. Der Förderbetrag kann nur einmal beantragt werden.

Alle Voraussetzungen für die Beantragung des Förderbetrages müssen am 01.01. des betreffenden Jahres vorliegen.

Auf Antrag des Bürgermeisters wird der Teuerungsausgleich wie oben angeführt mit 19 Ja-Stimmen und einer Stimmenthaltung (Klaus Ulreich) vom Gemeinderat angenommen.

7. Teuerungsausgleich für Betriebe, die Lebensmittel produzieren

Bürgermeister Hans Unger macht dem Gemeinderat den Vorschlag, dass für Betriebe, die Lebensmittel produzieren, ab einem Wasserverbrauch von 300 m³ bis 2.500 m³ die Wasserbezugsgebühr von € 2,50 auf € 1,75 brutto, herabgesetzt werden und Betriebe, die einen Wasserverbrauch von weniger als 300 m³ bzw. mehr als 2.500 m³ haben, keine Förderung erhalten sollen.

Nach eingehender Beratung beschließt der Gemeinderat auf Antrag des Bürgermeisters mit 19 Ja-Stimmen und einer Gegenstimme (Klaus Ulreich), dass für Betriebe, die Lebensmittel produzieren, ab einem Wasserverbrauch von 300 m³ bis 2.500 m³ die Wasserbezugsgebühr von € 2,50 auf € 1,75 brutto, herabgesetzt werden und Betriebe, die einen Wasserverbrauch von weniger als 300 m³ bzw. mehr als 2.500 m³ haben, keine Förderung erhalten sollen.

8. Genehmigung Budget 2024 – Gemeinde Oberschützen KG

Bürgermeister Hans Unger bringt dem Gemeinderat das Budget für das Haushaltsjahr 2024 der Gemeinde Oberschützen Orts- und Infrastrukturentwicklungs-KG zur Kenntnis.

Auf Antrag des Bürgermeisters wird das Budget für das Haushaltsjahr 2024 der Gemeinde Oberschützen Orts- und Infrastrukturentwicklungs-KG einstimmig genehmigt.

9. Genehmigung Kontokorrentkredit Euro 150.000,-- Gemeinde Oberschützen KG

Bürgermeister Hans Unger teilt dem Gemeinderat mit, dass die Gemeinde Oberschützen KG einen Kontokorrentkredit in der Höhe von Euro 150.000,-- beschlossen hat.

Auf Antrag des Bürgermeisters wird die Aufnahme des Kontokorrentkredites der Gemeinde Oberschützen KG in der Höhe von Euro 150.000,-- einstimmig bei der Raiffeisenbezirksbank Oberwart eGen genehmigt.

10. Darlehensaufnahme Sanierung Kindergarten Oberschützen

Bürgermeister Hans Unger teilt dem Gemeinderat mit, dass für die Sanierungsarbeiten im Kindergarten Oberschützen nach dem Rohrbruch ein Darlehen in der Höhe von € 220.000,-- zur Ausschreibung gebracht wurde.

Von der Raiffeisenbezirksbank Oberwart eGen und der Erste Bank der österreichischen Sparkassen AG wurden Angebote abgegeben. Die Unicredit Bank Austria hat kein Angebot abgegeben.

Darlehenskonditionen:

Laufzeit: 25 Jahre

Rückzahlung: 50 halbjährlichen Kapitalraten

Verzinsung: kontokorrent, halbjährlich, dekursiv auf Basis klm/360 Zinstage

Die Zinsfestlegung erfolgt zum Zeitpunkt der 1. Ausnützung in folgender Weise:

variabel: 6-Monats-EURIBOR-Satz 2 Bankarbeitstage vor Anpassungstermin

Raiffeisenbezirksbank Oberwart eGen

variabel mit Bindung an den 6-Monats-EURIBOR gem. Informationssystem REUTERS 4,130 % und einem von Aufschlag dzt. 0,55 %

Erste Bank der österreichischen Sparkassen AG

variabel mit Bindung an den 6-Monats-EURIBOR gem. Informationssystem REUTERS 4,130 % und einem von Aufschlag dzt. 0,75 %

Nach eingehender Beratung beschließt der Gemeinderat auf Antrag des Bürgermeisters einstimmig das Darlehen für die Sanierungsarbeiten im Kindergarten Oberschützen in der Höhe von € 220.000,- auf die Dauer von 25 Jahren zum variablen Zinssatz von 4,130% mit Bindung an den 6-Monats-EURIBOR, 0,55 % Aufschlag und keiner Rundung auf volle Achtel bei der Raiffeisenbezirksbank Oberwart eGen laut Anbot vom 19.10.2023 aufzunehmen.

Jürgen Ulreich verlässt den Sitzungssaal.

11. Baulandmobilisierungsvereinbarung

Bürgermeister Hans Unger teilt dem Gemeinderat mit, dass es im Zusammenhang mit der Umwidmung von Grünland in Bauland im derzeitig laufenden Flächenwidmungsplanänderungsverfahren notwendig ist, Baulandmobilisierungsvereinbarungen abzuschließen.

Weiters bringt er dem Gemeinderat die Baulandmobilisierungsvereinbarungen mit Sigfried Amtmann, Helga Klausz, Brigitte Wolfger, Hans-Jürgen Arthofer, der Wirtschaftsagentur Burgenland GmbH, Christian Graf, Wilhelm und Gertraud Wolfger, Dominik Sauhammel und Ernst Karner zur Kenntnis.

Auf Antrag des Bürgermeisters wird die Baulandmobilisierungsvereinbarung mit Sigfried Amtmann einstimmig abgeschlossen.

Die Baulandmobilisierungsvereinbarung mit Helga Klausz wird mit 19 Ja-Stimmen und einer Stimmenthaltung (Manfred Brunner) abgeschlossen.

Die Baulandmobilisierungsvereinbarung mit Brigitte Wolfger wird einstimmig abgeschlossen.

Jürgen Ulreich nimmt wieder an der Sitzung teil.

Die Baulandmobilisierungsvereinbarung mit Hans-Jürgen Arthofer wird einstimmig abgeschlossen.

Christina Grabner verlässt den Sitzungssaal.

Die Baulandmobilisierungsvereinbarung mit der Wirtschaftsagentur Burgenland GmbH wird, wobei die derzeitigen Besitzer noch Wolfgang Zetter und Hans Portschy sind, wird mit 18 Ja-Stimmen und einer Gegenstimme (Wolfgang Spitzmüller) abgeschlossen.

Die Baulandmobilisierungsvereinbarung mit Christian Graf wird einstimmig abgeschlossen.

Die Baulandmobilisierungsvereinbarung mit Wilhelm und Gertraud Wolfger wird einstimmig abgeschlossen.

Christina Grabner nimmt wieder an der Sitzung teil.

Die Baulandmobilisierungsvereinbarung mit Dominik Sauhammel wird einstimmig abgeschlossen.

Ernst Karner verlässt den Sitzungssaal.

Die Baulandmobilisierungsvereinbarung mit Ernst Karner wird einstimmig abgeschlossen.

Ernst Karner nimmt wieder an der Sitzung teil.

12. Bausperre HQ30 – Oberschützen-Unterschützen

Bürgermeister Hans Unger bringt dem Gemeinderat die Planunterlage betreffend der notwendigen Bausperre HQ30 zur Kenntnis.

Nach eingehender Beratung beschließt der Gemeinderat auf Antrag des Bürgermeisters einstimmig nachstehende

Verordnung

des Gemeinderates der Gemeinde Oberschützen vom 21.12.2023 über die Erlassung einer befristeten Bausperre gemäß § 33 Abs. 6 Bgld. Raumplanungsgesetz 2019, LGBl. Nr. 49/2019 i.d.g.F., für die Baugebiete in den Katastralgemeinden Oberschützen und Unterschützen.

§1

- (1) Gemäß § 33 Abs. 5 und 6 Bgld. Raumplanungsgesetz 2019, LGBl. Nr. 49/2019 i.d.g.F., sind für unbebaute Flächen, die gemäß § 33 Abs. 3 Z 1 bis 9 als Bauland gewidmet sind, sich jedoch innerhalb der 30-jährlichen Hochwasseranschlaglinie befinden, von der Gemeinde in eine geeignete Grünfläche umzuwidmen. Sofern bereits Projekte zur Herstellung der Hochwasserfreiheit eingeleitet wurden, kann alternativ
- (2) zur Vorgangsweise gemäß Abs. 5 für den Zeitraum von maximal fünf Jahren eine befristete Bausperre in sinngemäßer Anwendung von § 52 erlassen werden.
- (3) Da bereits ein Projekt zur Herstellung der Hochwasserfreiheit eingeleitet wurde, wird eine befristete Bausperre für jene Flächen verhängt, die in der beiliegenden Plandarstellung, verfasst von RSN Raumplanung ZT GmbH, GZ: R23019V vom 07.12.2023, als Geltungsbereiche gekennzeichnet sind. Die beiliegende Plandarstellung bildet einen integrierenden Bestandteil dieser Verordnung.

§ 2

- (1) Als Bauland sind nur solche Flächen vorzusehen, die sich auf Grund natürlicher Voraussetzungen für die Bebauung eignen und den voraussichtlichen Baulandbedarf der Gemeinde zu decken imstande sind. Gebiete, die sich wegen der Grundwasserverhältnisse, der Bodenverhältnisse oder der Hochwassergefahr für die Bebauung nicht eignen, dürfen nicht als Bauland gewidmet werden.
- (2) Während der Bausperre dürfen in dem in § 1 bezeichneten Flächen Baubewilligungen grundsätzlich nicht erteilt werden. Ausnahmen von diesem Verbot sind nur zulässig, wenn der Gemeinderat nach Anhörung eines befugten Sachverständigen feststellt, dass eine Hochwasserfreistellung auf Grundlage einer wasserrechtlichen Bewilligung ordnungsgemäß umgesetzt wurde.

§ 3

- (1) Diese Verordnung tritt nach Ablauf des Tages ihrer Kundmachung in Kraft.
- (2) Die Bausperre verliert nach Umsetzung des bereits eingeleiteten Projektes zur Herstellung der Hochwasserfreiheit, spätestens aber fünf Jahre nach ihrer Erlassung, die Wirksamkeit.

13. Beschluss 4. Änderung ÖEK

Bürgermeister Hans Unger bringt dem Gemeinderat die 4. Änderung des Örtlichen Entwicklungskonzeptes am nördlichen Ortsrand von Oberschützen zur Kenntnis.

Nach eingehender Beratung beschließt der Gemeinderat auf Antrag des Bürgermeisters einstimmig die 4. Änderung des Örtlichen Entwicklungskonzeptes am nördlichen Ortsrand von Oberschützen.

14. Masterplan Betriebsansiedlung Wirtschaftsagentur Burgenland

Bürgermeister Hans Unger bringt dem Gemeinderat die Plandarstellung betreffend des für die Flächenwidmung notwendigen Masterplanes der Wirtschaftsagentur Burgenland GmbH zur Kenntnis.

Auf Antrag des Bürgermeisters beschließt der Gemeinderat mit 19 Ja-Stimmen und einer Gegenstimme (Klaus Ulreich) dem Masterplan der Wirtschaftsagentur Burgenland GmbH zuzustimmen.

15. Flächenwidmungsplanänderung

Bürgermeister Hans Unger bringt dem Gemeinderat die 21. Änderung des digitalen Flächenwidmungsplanes zur Kenntnis.

Nach kurzer Diskussion beschließt der Gemeinderat auf Antrag des Bürgermeisters mit 19 Ja-Stimmen und einer Stimmenthaltung (Wolfgang Spitzmüller) nachstehende

Verordnung

des Gemeinderats der Gemeinde Oberschützen vom 21.12.2023 mit der der Digitale Flächenwidmungsplan geändert wird (21. Änderung).

Aufgrund des § 5 des Bgld. Raumplanungseinführungsgesetzes 2019, LGBl. Nr. 50/2019, in der geltenden Fassung, wird verordnet:

§ 1

Der Digitale Flächenwidmungsplan der Gemeinde Oberschützen (Verordnung des Gemeinderats vom 06.05.2021, Zahl: 031-2/20Ä-2021 in der Fassung der 20. Änderung vom 17.09.2021) wird gemäß den inhaltlichen Festlegungen des beiliegenden digitalen Datensatzes, verfasst von der RSN Raumplanung ZT GmbH mit GZ: R2217, geändert.

§ 2

Die uneingeschränkte Eignung für die widmungsgemäße Nutzung gemäß § 33a Burgenländisches Raumplanungsgesetz 2019 des in der beiliegenden Plandarstellung als gesondert zu kennzeichnendes Aufschließungsgebiet – Gemischtes Baugebiet bzw. gesondert zu kennzeichnendes Aufschließungsgebiet – Wohngebiet, Grundstück Nr. 36/1 und 43, KG Oberschützen, ist hergestellt, nachdem folgende Maßnahmen umgesetzt sind:

- Hangwasserableitung und Oberflächenentwässerung gemäß Planung von kultquadrat Die Kulturtechniker GmbH, Hautplatz 2, 7423 Pinkafeld, GZ 23 030, vom 24.04.2023

§ 3

Die uneingeschränkte Baulandeignung gemäß § 33a Burgenländisches Raumplanungsgesetz 2019 des in der beiliegenden Plandarstellung als gesondert zu kennzeichnendes Aufschließungsgebiet für Bauland – Gemischtes Baugebiet, Grundstück Nr. 640, KG Oberschützen, ist hergestellt, nachdem folgende Maßnahmen umgesetzt sind:

- Neuparzellierung entsprechend den Leitzielen des § 24 Burgenländisches Raumplanungsgesetz 2019 hinsichtlich des sparsamen Umgangs mit Bauland sowie den Zielsetzungen gemäß Punkt 2.6.4. Landesentwicklungsprogramm 2011 hinsichtlich einer konzentrierten, räumlich begrenzten, flächensparenden und nachhaltigen Bebauung.
- Abschluss von neuen, sich auf die parzellierten Grundstücke beziehenden, Mobilisierungsverträgen, um die Verfügbarkeit von Bauland im Hinblick auf jede Parzelle der gesamten Widmungsfläche zu gewährleisten.

§ 4

Diese Verordnung tritt mit dem ersten Tag ihrer Kundmachung in Kraft.

16. Entwidmung öffentliches Gut

Bürgermeister Hans Unger bringt dem Gemeinderat den Teilungsplan im Zusammenhang mit dem Kaufvertrag Werner Stecker zur Kenntnis

Nach eingehender Beratung beschließt der Gemeinderat auf Antrag des Bürgermeisters mit 19 Ja-Stimmen und einer Gegenstimme (Klaus Ulreich) nachstehende

Verordnung

des Gemeinderates der Gemeinde Oberschützen vom 21.12.2023 gemäß § 82 der Bgld. Gemeindeordnung 2023-GemO betreffend die Widmung bzw. Entwidmung von öffentlichem Gut in der KG Oberschützen.

§ 1

Gemäß dem Teilungsplan der Landvermesser Ehrlich ZT GmbH, GZ: 11829, ohne Datum, wird ein Trennstück als öffentliches Gut entwidmet.

§ 2

Diese Verordnung tritt nach Ablauf der Kundmachungsfrist in Kraft.

17. Löschungserklärung Vorkaufsrecht

Bürgermeister Hans Unger bringt dem Gemeinderat die Löschungserklärung hinsichtlich des Vorkaufs- bzw. Wiederkaufsrechtes, welche auf den Grundstücken von Thomas Schweitzer eingetragen sind, zur Kenntnis.

Auf Antrag des Bürgermeisters beschließt der Gemeinderat einstimmig die Löschungserklärung hinsichtlich des Vorkaufs- bzw. Wiederkaufsrechtes, welche auf den Grundstücken von Thomas Schweitzer eingetragen sind, zu unterfertigen.

18. Mietvertrag – Unterschützen 5/5

Bürgermeister Hans Unger bringt dem Gemeinderat den Mietvertrag mit Martin Germ hinsichtlich der Wohnung Nr. 5 in Unterschützen 5 zur Kenntnis.

Auf Antrag des Bürgermeisters beschließt der Gemeinderat einstimmig den Mietvertrag mit Martin Germ betreffend die Wohnung Nr. 5 in Unterschützen 5 zu unterfertigen.

19. Mietvertrag – Badgasse 3/3

Bürgermeister Hans Unger bringt dem Gemeinderat den Mietvertrag mit Waltraud Röck hinsichtlich der Wohnung Nr. 3 in der Badgasse 3 zur Kenntnis.

Auf Antrag des Bürgermeisters beschließt der Gemeinderat einstimmig den Mietvertrag mit Waltraud Röck betreffend die Wohnung Nr. 3 in der Badgasse 3 zu unterfertigen.

20. Haftungserklärung „Willersdorf-Braunboden“

Bürgermeister Hans Unger teilt dem Gemeinderat, mit dass die Gemeinde Oberschützen ein Ansuchen um den Neu- und Ausbau des Güterweges „Willersdorf-Braunboden“ im Güterwege-Landesprogramm beim Amt der Bgld. Landesregierung gestellt hat und auch genehmigt wurde.

Der Bürgermeister teilt mit, dass die voraussichtliche Gesamtfinanzierung des Vorhabens des Güterweges „Willersdorf-Braunboden“ Euro 43.000,-- beträgt, wobei die Gemeinde Oberschützen einen Anteil von 50 % der Gesamtbaukosten (Euro 21.500,--) übernimmt.

Nach eingehender Beratung beschließt der Gemeinderat auf Antrag des Bürgermeisters mit 19 Ja-Stimmen und einer Stimmenthaltung (Klaus Ulreich) die Haftungserklärung für den Neu- und Ausbau des Güterweges „Willersdorf-Braunboden“ zu unterfertigen.

21. Verordnung „Halten und Parken verboten“ Bahnhofstraße

Bürgermeister Hans Unger teilt dem Gemeinderat mit, dass es auf Grund des Parkverhaltens in der Bahnhofstraße, auf Höhe des Sportplatzes, zu Verkehrsbehinderungen kommt und daher ein Halte- und Parkverbot auf der gegenüberliegenden Straßenseite laut Planskizze notwendig ist.

Nach eingehender Beratung beschließt der Gemeinderat auf Antrag des Bürgermeisters mit 19 Ja-Stimmen und einer Gegenstimme (Manfred Brunner), dass ein Halte- und Parkverbot entlang der Bahnhofstraße gemäß der Planskizze erlassen wird.

22. Grundverkehrskommission, Neubestellung

Bürgermeister Hans Unger bringt dem Gemeinderat das Schreiben der Bezirkshauptmannschaft Oberwart vom 10.10.2023 betreffend die Bestellung eines Mitgliedes und Ersatzmitgliedes in die Grundverkehrskommission zur Kenntnis.

Auf Antrag des Bürgermeisters werden Hans Unger als Mitglied und Christian Zetter als Ersatzmitglied für die Grundverkehrskommission bestellt.

23. Förderungsvertrag Beleuchtungsoptimierung

Bürgermeister Hans Unger bringt dem Gemeinderat den Förderungsvertrag mit der Kommunal Kredit hinsichtlich der Beleuchtungsoptimierung zur Kenntnis.

Nach kurzer Erklärung beschließt der Gemeinderat auf Antrag des Bürgermeisters einstimmig den Förderungsvertrag mit der Kommunal Kredit hinsichtlich der Beleuchtungsoptimierung zu unterfertigen.

24. Pachtvertrag Sportvereine

Bürgermeister Hans Unger bringt dem Gemeinderat die Vereinbarung mit dem UFC „PG-Cars“ Oberschützen hinsichtlich der Nutzung und Pflege des Sportplatzes zur Kenntnis.

Die Vereinbarung mit dem UFC „PG-Cars“ Oberschützen wird auf Antrag des Bürgermeisters einstimmig unterfertigt.

Ernst Karner verlässt den Sitzungssaal.

25. Pachtvertrag KG Willersdorf, Grundstück Nr. 2827

Der Bürgermeister teilt dem Gemeinderat mit, dass die bisherigen Pächter Wolfgang und Jutta Spitzmüller des Grundstückes Nr. 2827 das Pachtverhältnis aufgelöst haben.

Es wird daher ein Pachtvertrag betreffend das Grundstück Nr. 2827, KG Willersdorf, im Ausmaß von 99 Ar, und somit einer jährlichen Pacht von € 180,-- mit 17 Ja-Stimmen und drei Stimmenthaltungen (Jürgen Ulreich, Christina Grabner, Klaus Ulreich) mit der Jagdgenossenschaft Willersdorf, Dr. Peter Kirnbauer, abgeschlossen.

Ernst Karner nimmt wieder an der Sitzung teil.

26. Finanzierungsbeitrag betreubares Wohnen

Bürgermeister Hans Unger teilt dem Gemeinderat mit, dass Frau Waltraud Röck ersucht hat, dass die Gemeinde 50 % des Finanzierungsbeitrages übernimmt.

Ing. Michaela Krutzler verlässt den Sitzungssaal.

Auf Antrag des Bürgermeisters beschließt der Gemeinderat einstimmig 50 % des Finanzierungsbeitrages (ca. € 1.570,--) für die Wohnung von Waltraud Röck im betreubaren Wohnen zu übernehmen.

27. Schnupperklimaticket

Bürgermeister Hans Unger erteilt Wolfgang Spitzmüller das Wort.

Wolfgang Spitzmüller teilt dem Gemeinderat mit, dass sich der Ausschuss getroffen hat und macht nunmehr dem Gemeinderat den Vorschlag, dass zwei Klimatickets, welche nicht personalisiert sind, anzukaufen. Diese sollen den Gemeindebürgern von Oberschützen für maximal drei Tage gratis zur Verfügung gestellt werden.

Ing. Michaela Krutzler nimmt wieder an der Sitzung teil.

Nach eingehender Beratung beschließt der Gemeinderat auf Antrag des Bürgermeisters mit 19 Ja-Stimmen und einer Stimmenthaltung (Christina Grabner) vorerst ein Klimaticket anzukaufen und wird dieses Ticket den Bürgern/innen von Oberschützen mit Hauptwohnsitz für maximal vier aufeinanderfolgende Tage pro Monat und maximal 30 Tage pro Jahr zur Verfügung gestellt.

28. Annahmeerklärung – Land Burgenland – WVS BA 14

Bürgermeister Hans Unger bringt dem Gemeinderat den Förderungsvertrag vom Land Burgenland hinsichtlich der Wasserleitung in der Hauptstraße BA 14 zur Kenntnis.

Nach kurzer Diskussion beschließt der Gemeinderat auf Antrag des Bürgermeisters einstimmig den Förderungsvertrag mit dem Land Burgenland hinsichtlich der Wasserleitung in der Hauptstraße BA 14 zu unterfertigen.

29. Annahmeerklärung – Land Burgenland – ABA BA106

Bürgermeister Hans Unger bringt dem Gemeinderat den Förderungsvertrag vom Land Burgenland hinsichtlich des digitalen Leitungskatasters für den Kanal in Aschau und Schmiedrait BA 106 zur Kenntnis.

Nach kurzer Diskussion beschließt der Gemeinderat auf Antrag des Bürgermeisters einstimmig den Förderungsvertrag mit dem Land Burgenland hinsichtlich des digitalen Leitungskatasters in Aschau und Schmiedrait BA 106 zu unterfertigen.

30. Darlehen Photovoltaikanlagen

Bürgermeister Hans Unger teilt dem Gemeinderat mit, dass für die Errichtung der Photovoltaikanlagen ein Darlehen in der Höhe von € 100.000,-- zur Ausschreibung gebracht wurde. Von der Raiffeisenbezirksbank Oberwart eGen und der Erste Bank der österreichischen Sparkassen AG wurden Angebote abgegeben. Die Unicredit Bank Austria hat kein Angebot abgegeben.

Darlehenskonditionen:

Laufzeit: 10 Jahre

Rückzahlung: 20 halbjährlichen Kapitalraten

Verzinsung: kontokorrent, halbjährlich, dekursiv auf Basis klm/360 Zinstage

Die Zinsfestlegung erfolgt zum Zeitpunkt der 1. Ausnützung in folgender Weise:

variabel: 6-Monats-EURIBOR-Satz 2 Bankarbeitstage vor Anpassungstermin

Raiffeisenbezirksbank Oberwart eGen

variabel mit Bindung an den 6-Monats-EURIBOR gem. Informationssystem REUTERS 4,074 % und einem von Aufschlag dzt. 0,43 %

Erste Bank der österreichischen Sparkassen AG

variabel mit Bindung an den 6-Monats-EURIBOR gem. Informationssystem REUTERS 4,074 % und einem von Aufschlag dzt. 0,44 %

Nach eingehender Beratung beschließt der Gemeinderat auf Antrag des Bürgermeisters einstimmig das Darlehen für die Errichtung der Photovoltaikanlagen in der Höhe von € 100.000,- auf die Dauer von 10 Jahren zum variablen Zinssatz von 4,074% mit Bindung an den 6-Monats-EURIBOR, 0,43 % Aufschlag und keiner Rundung auf volle Achtel bei der Raiffeisenbezirksbank Oberwart eGen laut Anbot vom 28.11.2023 aufzunehmen.

31. Verpflichtungserklärung Julia und Philipp Glatz

Bürgermeister Hans Unger erläutert die Situation und bringt dem Gemeinderat die Verpflichtungserklärung mit Julia und Philipp Glatz betreffend die Aufschließung des von ihnen gekauften Grundstückes.

Nach eingehender Beratung beschließt der Gemeinderat auf Antrag des Bürgermeisters einstimmig die Verpflichtungserklärung mit Julia und Philipp Glatz betreffend die Aufschließung des von ihnen gekauften Grundstückes zu unterfertigen.

32. Kindergarten – Öffnungszeiten

Bürgermeister Hans Unger teilt dem Gemeinderat mit, dass es nunmehr notwendig ist Ferien in den Kindergärten zu beschließen.

Auf Antrag des Bürgermeisters beschließt der Gemeinderat einstimmig, dass die Kindergärten Oberschützen und Aschau vom 27.12.2023 bis 07.01.2024 geschlossen sind.

33. Beschluss Vergleich Cafe Pia

Bürgermeister Hans Unger berichtet dem Gemeinderat über die Situation und bringt den bei Gericht vereinbarten Vergleich zur Kenntnis.

Nach kurzer Besprechung beschließt der Gemeinderat auf Antrag des Bürgermeisters einstimmig dem Vergleich, in welchem sich Pia Schrötter verpflichtet einen Betrag von € 2.000,-- bis 10.02.2024 sowie je € 400,-- bis 10.03.2024 und 10.04.2024 an den Klagevertreter zu zahlen, zu zustimmen.

Bernhard Hochreiter verlässt den Sitzungssaal.

34. Petition für Standort Diakonie Oberschützen

Der Bürgermeister berichtet dem Gemeinderat über Situation mit der Diakonie in Oberschützen und macht, da er sich um den Erhalt des Standortes der Diakonie in Oberschützen sorgt, den Vorschlag eine Petition zu beschließen.

Nach eingehender Beratung beschließt der Gemeinderat auf Antrag des Bürgermeisters mit 17 Ja-Stimmen und drei Stimmenthaltungen (Ingrid Ulreich, Christina Grabner, Klaus Ulreich) nachstehende Petition an das Amt der Burgenländischen Landesregierung zu schicken:

„Der Gemeinderat der Gemeinde Oberschützen fordert die Burgenländische Landesregierung auf, den Standort der Diakonie Hauskrankenpflege mit Tagesheimstätte, mobiler Hauskrankenpflege und betreubarem Wohnen in Oberschützen weiterhin zu garantieren.“

Bernhard Hochreiter nimmt wieder an der Sitzung teil.

36. Allfälliges

Die Gemeinderäte Ingrid Ulreich, Christina Grabner und Klaus Ulreich wollen nachstehende Feststellung im Protokoll aufgenommen haben:

„Wir sind für die bestmögliche Pflegeeinrichtung in Oberschützen, unabhängig von der Betreibergesellschaft. Das sind wir den Gemeindebürgerinnen und Gemeindebürgern schuldig.“

Beginn: 18.00 Uhr

Ende: 22.00 Uhr

v.g.u.

Beglaubigt:

Der Bürgermeister:

Schriftführerin: